Anpassung der Sondernutzungsplanung an das PBG: Lösungen zur Vermeidung eines Planungsstillstands

Antrag vom 3. Juni 2025

FDP-Fraktion / SVP-Fraktion / Die Mitte-EVP-Fraktion (Sprecher: Dürr-Widnau)

Gutheissung mit folgendem Wortlaut: «Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat ~~Botschaft und Entwurf für eine entsprechende Änderung des Planungs- und Baugesetzes vorzulegen~~ innerhalb eines Jahres in einem Nachtrag zum Planungs- und Baugesetz entsprechende Änderungen der gesetzlichen Vorschriften vorzulegen, die ein Moratorium – zum Beispiel durch eine geänderte Vorschrift bei der Inkraftsetzung von Sondernutzungsplänen nach altem Recht oder neuem Recht – verhindern.»

Begründung:

Die aktuelle Handhabe der gesetzlichen Vorgaben führt zu einem Planungs- und Baustillstand. Das bundesrechtlich vorgeschriebene Gebot der Innenverdichtung kann mit altrechtlichen Plänen nicht erfüllt werden. Um ein jahrelanges Verdichtungsmoratorium zu verhindern, ist eine beschleunigte Umsetzung der Motion angezeigt.

Art. 111 Abs. 1 Satz 2 GeschKR (sGS 131.11) sieht vor, dass der Kantonsrat beschliessen kann, dass ein Motionsauftrag innerhalb eines Jahres erfüllt werden muss. Das soll mit diesem Antrag erreicht werden.